

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Sp.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14,  
1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm  
30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachschlag in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Wetzbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz R. S., Großhörn, Bretznig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Wetzbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 138

Montag, den 17. Juni 1929

81. Jahrgang

## Das Wichtigste

Unerwartet ist am Sonntag mittag der Rektor der Universität Heidel-  
berg, Geheimrat Prof. Dr. Feinschmeier, gestorben.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus London ist der frühere  
General der Heilsarmee William Booth der einen heftigen Rückfall  
seiner Krankheit erlitt am Sonntag abend gestorben.

Wie Berliner Blätter aus Paris melden, sind die Dzeansteiger Affolant,  
Lefezre und Vottt am Sonntag abend 8,44 Uhr mit ihrem „Gelben  
Vogel“ und dem jungen „blinden Passagier“ Arthur Schreiber aus  
Portland wohlbehalten in Le Bourget, dem Pariser Flughafen ein-  
getroffen.

## Berlinische und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Die Gewinnlisten) der Jugendher-  
bergs-Lotterie sind eingetroffen und liegen zur Einsichtnahme  
in der Lotterie-Geschäftsstelle des Herrn Max Greubig aus.  
Dieselben sind daselbst auch käuflich zu erwerben.

(Mit dem Mikrophon durch einen Zei-  
tungsbezügler) Vielfach ist man schon bei mehreren  
deutschen Rundfunksendern mit dem Mikrophon in den Al-  
tag gegangen, ist durch Bergwerke, Fabriken, Bahnhöfe usw.  
gewandert, hat das pulsende Leben geschildert, akustisch zu  
erfassende Vorgänge vermittelt und so durch den Rundfunk  
ein ganz neuartiges, spannendes, auch technisch originelles  
Erlebnis geschaffen. Gerade auf diesem Gebiete erscheint die  
Möglichkeit der Darbietungen immer noch unerschöpflich viel-  
gestaltig. Zum ersten Male bringt die Berliner Funkstunde  
heute, Montag, 20,45 Uhr über ihre Sender eine solche  
Übertragung aus einem großen Zeitungsbetrieb unter dem  
Motto „Redaktionschluss“. So werden einmal alle Rund-  
funkteilnehmer das Hosten und Treiben einer Redaktion,  
das gesamte technische Werden des Blattes von Stufe zu  
Stufe bis zum Donnern der riesigen Rotationsdruckmaschi-  
nen zu Hause am Funkempfänger miterleben. Drei Sprech-  
er werden unter Adolf Brauns Regie bei der Übertragung  
an den Mikrophonen mitwirken.

(Aus dem Sächsischen Gesetzblatt.) Das  
Sächsische Gesetzblatt Nr. 15 vom 15. Juni enthält eine Be-  
kannmachung über Aenderung der Baumeisterverordnung,  
nach der eine Person, die in Württemberg die Befugnis zur  
Führung der Bezeichnung „Baumeister“ erworben hat und in  
Sachsen wohnhaft ist, diese Bezeichnung auch in Sachsen  
führen darf; ferner eine weitere Verordnung über Zeichen-  
transporte, nach der für die in den Landesheil- und Pflege-  
anstalten, sowie in den Landes-Erziehungs- und Korrekptions-  
anstalten Verstorbenen den Anstaltsdirektoren die Ausstellung  
der Zeichenpässe sowie des Ausweises über die vorchrifts-  
mäßig erfolgte Einjargung der Leiche zusteht; weiter eine  
Ausführungsverordnung zur Verordnung über die hinteren  
Leuchtscheiben der zweirädrigen Kraft- und Kleinstkraftwagen,  
nach der das Institut für Kraftfahrwesen der Technischen  
Hochschule Dresden als einzige Stelle im Freistaat Sachsen  
für die typenmäßige Prüfung der Rückstrahler zuständig ist;  
endlich eine Aenderung der Bestimmungen über die Führung  
ausländischer Dokortitel, in der es heißt: Die Bestimmungen  
über die Führung der von auswärtigen Universitäten ver-  
liehenen Würden in Sachsen vom 27. Dezember 1878 und  
14. Juli 1897 finden bis auf weiteres keine Anwendung  
auf die von reichsdeutschen und österreichischen Staatsange-  
hörigen an den Universitäten Wien, Graz und Innsbruck  
erworbenen akademischen Grade des Dr. theol., Dr. jur., Dr.  
rer. pol. und Dr. phil. Die Einholung der besonderen Ge-  
nehmigung des Ministeriums für Volksbildung zur Führung  
dieser Dokortitel bedarf es demnach nicht mehr. Auf den  
Dr. med. und sonstige österreichische Dokortitel erstreckt sich  
diese Regelung nicht.

(Vorsicht beim Kauf gebrauchter Kraft-  
wagen!) Das Reichsgericht hat, wie uns vom Verband  
Sächsischer Automobilbesitzer e. V., Dresden, mitgeteilt wird,  
in einem grundsätzlichen Urteil (697/27 VII) aus der Tat-  
sache, daß Kraftwagen in der Regel auf Abzahlung und  
unter Eigentumsvorbehalt verkauft werden, dem Käufer die  
Pflicht auferlegt, sich über den vollen Erwerb durch den  
Veräußerer zu unterrichten. Sie werde durch die bloße Ver-  
sicherung des Verkäufers, daß die verkauften Gegenstände  
sein Eigentum und nicht mit Rechten dritter Personen be-  
lastet seien, nicht ohne weiteres erledigt. Unterläßt der Er-

## Deutschland im kommenden Weltkrieg wehrlos

Groener-Rede für Wehrhaftigkeit — Die in Waffen starrende Entente eine Kriegsgefahr  
Zusammentreffen Dr. Stresemanns mit Macdonald in Paris — Ein Brief des Reichskanzlers zum Pariser Tributplan  
Waldemar über die Beziehungen zu Deutschland und Polen — Nogens zum Tode verurteilt

Im Reichstag wurde am Sonnabend zunächst das inter-  
nationale Opiumabkommen endgültig angenommen. Dann er-  
griff Reichswehrminister Groener bei der zweiten Beratung  
des Haushalts des Reichswehrministeriums das Wort zu einer  
hochpolitischen Rede. Die Befürworter eines idealen Völkerverbundes  
hätten militärpolizeiliche Kräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe  
und Ordnung im Inneren eines Landes und kleine hochmoderne  
Truppenteile je nach der Größe des Landes als Gliedmaßen  
des Völkerverbundes empfohlen. Die Gestaltung der Wehrorgani-  
sation habe aber nicht die entfernteste Ähnlichkeit  
mit jenem Idealbilde. Was aus jenen Versprechungen  
im Friedensvertrag von Versailles geworden sei, welchen Verlauf  
die vorbereitenden Abrüstungskonferenzen genommen hätten, sei  
bekannt.

Von einer Abrüstung oder auch nur Rüstungs-  
beschränkung sei bei den Siegerstaaten keine Rede.  
Sie berieten sich darauf, daß ihre Sicherheit gegen Angriffe  
Deutschlands gewährleistet sein müsse.

Wer habe und wer brauche aber denn Sicherheit?  
Deutschland mit seinen 7 Infanteriedivisionen und  
einigen Kavalleriedivisionen ohne Festungen, ohne Re-  
serven an ausgebildetem Personal, ohne Kriegs-  
material, oder etwa die anderen Staaten, die unter-  
einander verbündeten Nachbarn Deutschlands, Frank-  
reich, Polen, Belgien, die Tschechoslowakei, mit ihren  
rund 76 Divisionen? Man dürfe auch die zahlreichen  
Fliegerformationen, die schweren Geschütze, die ge-  
waltigen Reserven an ausgebildeten Menschen und an  
Kriegsmaterial bei den anderen Mächten nicht ver-  
schweigen.

Man sei sogar so weit gegangen, dem deutschen Meer besondere  
Angriffskraft zuzuschreiben und zu behaupten, daß das deutsche  
Verkehrsnetz zu einer Gefahr für seine Nachbarn werden könne.  
„Es wäre eigentlich

ein Armutszeugnis für die Offiziere der alliierten  
und assoziierten Mächte,

die in monatelanger Arbeit die Entwaffnungsbestimmungen für  
Deutschland ausgearbeitet haben.“ So hob der Reichswehrminister  
in bitterer Ironie hervor, „wenn das abgerüstete Deutschland  
trotzdem noch tatsächlich angreifbar wäre.“

„Frankreich entläßt“, so sagte der Minister, „in  
diesem Jahre allein 17 000 Offiziere und 220 000  
Mann, also mehr als die Gesamtzahl des deutschen  
Heeres, zur Reserve.“ Es werde gesagt, die deutsche  
Reichswehr sei ein Führerheer. Wie ließe sich aber  
folgendes miteinander vereinbaren, daß man das  
deutsche Heer einmal als schnell bereitete Angriffss-  
heer, das andere Mal als Führerheer hinstelle?  
Frankreich habe 22 000 aktive und über 90 000 Re-  
serveoffiziere, Polen 9500, die Tschechoslowakei  
11 800. Die Militärflegerei sei auch eine Voraus-  
setzung für den Kriegsbedarf. Deutschland sei Luft-  
angriffen schutzlos ausgesetzt.

Bei der Marine, so führte der Minister weiter aus, lägen  
die Dinge ähnlich. Er habe Verständnis für eine zum Küsten-  
schutz bestimmte Flotte, die auch mit einer entsprechenden Luftkraft  
verbunden sei. Unsere Hoffnungen seien aber nur theoretischer  
Natur, solange wir unter Versailles stehen. Die nächsten Aus-  
führungen des Ministers betrafen die Kavallerie und ihre Ver-  
wendungsmöglichkeit. Es sei noch nicht das letzte Wort über sie  
gesprochen worden. Niemand könne es ihm verdenken, daß er  
auch in bezug auf die Kavallerie den Vertrag von Ver-  
sailles völlig auslösche.

Alle Parteien seien in der Auffassung einig, daß  
unsere Wehrmacht ein zuverlässiges Instrument in  
der Hand der verfassungsmäßigen Gewalt

sein müsse. Nur wolle jede Partei, daß die Wehrmacht ihren  
Anschauungen möglichst nahe komme. Deshalb sei es vornehmste  
Aufgabe des Reichspräsidenten, die Stellung der Wehr-  
macht über den Parteien und als uneigen-  
nützigen Faktor für die Verteidigung des  
Vaterlandes zu erhalten. Gegen berechtigte Wünsche  
sei er zu Entgegenkommen bereit. Jedes Zugeständnis finde aber  
seine Grenze, sowie das feste Gefüge der Armee erschüttert werde.  
Unter lebhafter Unruhe auf den linken Bänken des Hauses hob  
der Minister hervor, daß er den Kürzungen am Wehretat nur  
unter der Bedingung zugestimmt habe, daß sie eine einmalige  
Maßnahme blieben. Die Aufrechterhaltung der Verteidigungs-  
möglichkeiten des Vaterlandes sei eine Staatsnotwendig-  
keit.

Abg. v. Lettow-Vorbeck (Dn.) erklärte, seine Partei  
habe kein Verständnis für die von „hervorragender“ demokratischer  
Seite ausgesprochene Ansicht, daß die gegenwärtige Wehrlosigkeit  
ein glücklicher Zustand sei. Das sozialdemokratische Wehr-  
programm sei ein Kompromiß zwischen Auffassungen, zwischen  
denen es keine Verständigung gebe. Zwar wolle man im Not-  
falle das Vaterland verteidigen, aber auch Landesverrat und  
Streit im Kriegsfalle seien in diesem Programm wieder auf-  
getaucht. Der Reichswehrminister solle sich vom Reichsinnen-  
minister bei der Republikanisierung der Reichswehr nicht ins  
Schlepptau nehmen lassen. Das entspreche dem Wunsch der  
Sozialdemokratie. Anzuerkennen sei, daß  
bei der Reichswehr Vaterlandsliebe und Wehrwille  
gepflegt

würden. Die Bevölkerung müsse den Wehrwillen pflegen.  
Ueber die Ziele der Sozialdemokratie gab der Abg. Schöpf-  
lin Auskunft. Er verlangte eine gründliche Durcharbeitung  
des Reichswehretats. Der Reichswehrminister habe durchblicken  
lassen, er wolle die gestrichenen Positionen im nächsten Jahre  
wieder einsehen. Da müsse er im Namen seiner Fraktion ganz  
energisch erklären, daß sie sich dagegen wehren würde. Die  
Sozialdemokratie wünsche, daß die Reichswehr ein Instrument der  
Republik werde.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) betonte dem Vorredner  
gegenüber, daß nicht der Reichswehrminister, sondern daß er  
selbst anders im Ausschuss und im Plenum geredet habe. Hier  
spräche Herr Schöpfstin für seine Wählererschaft. Seine Aus-  
führungen seien sehr verschwommen gewesen. Abg. Brüning-  
haus kritisierte das neue sozialdemokratische Wehrprogramm und  
fügte unter starker Unruhe bei den Sozialdemokraten hinzu:  
„Wenn Sie den Soldaten das Wahlrecht geben wollen, dürfen Sie  
nicht 20 Wahllisten aufstellen, sondern nur eine monarchische, eine  
sozialistisch-republikanische und eine demokratisch-republikanische.“  
Der Redner trat für Stetigkeit im Heer- und Marineetat ein.  
Abg. Dr. Kütz (Dem.) meinte, daß

die Reichswehr nicht in Parteipolitik hineingezogen  
werden dürfe.

Ein absolut durchgeführtes Bildungsprivileg lehne seine Partei  
ab. Verbindungen mit Organisationen, die gegen den Staat ge-  
richtet seien, dürften bei der Reichswehr nicht bestehen. Die  
Demokraten hätten Verständnis für die Aufrechterhaltung der  
Tradition. Die Achtung vor ihr dürfe nicht hindern, „daß sich  
die Reichswehr eine eigene neue Tradition“ zulege.

Abg. Sachsenberg (W. F.) war der Meinung, daß die  
Sozialdemokraten in Magdeburg die ablehnende Haltung zum  
Panzerkreuzer aufgegeben hätten und daß die sozialdemokratischen  
Wähler zweifellos heute national gestimmt seien. Man dürfe aber  
die Frage nicht so stellen, wie Dr. Breitscheid: Politik oder Wehr-  
macht, sondern: Politik und Wehrmacht! Fragen über die Zweck-  
mäßigkeit des Panzerkreuzers gehörten gar nicht vor das Plenum  
des Reichstages. Es sei falsch, den Wehrminister zu zwingen,  
öffentlich die Meinung der amtlichen deutschen Stellen bekannt-  
zugeben. Ähnlich liege es mit der sogenannten schwarzen  
Reichswehr.

Wenn es wieder einmal ernst werden sollte,  
würde man einem Wehrminister den schwersten Vorwurf machen,  
falls er nicht schon im Frieden alle vorbereitenden Arbeiten ge-  
troffen habe.

Abg. Ritter v. Epp (Natf.) führte aus, daß die Entente,  
nachdem sie in zehn Jahren nicht abgerüstet habe, auch in Zu-  
kunft nicht abrüsten werde. Daraus müsse man folgern, daß  
wir unsere Freiheit wiedererlangt hätten und unsere Wehrmacht  
nach den Notwendigkeiten der Landesverteidigung einzurichten  
hätten. Abg. Loh (Bayer. Sp.) hob die Wichtigkeit des alten  
Heeres und die Notwendigkeit hervor, die Tradition aufrecht zu  
erhalten. Dem Reichswehrminister sei von keiner Seite ein Miß-  
trauen ausgesprochen worden.

Nachdem zum Schluß noch Dr. Wendhausen (Christl.-Nat.  
Bauernpartei) die Unverständlichkeit hervorgehoben hatte, mit der  
man in Deutschland pazifistischen Phantomen nachjage und sich  
Graf Eulenburg (Dn.) der ostpreussischen Jünger an-  
genommen hatte, wurden die Beratungen abgebrochen. Das  
Plenum wird am Montag auch über den Wehretat abstimmen.

## Zusammentreffen Dr. Stresemanns mit Macdonald und Jasper in Paris?

Paris, 17. Juni. Das „Journal“ glaubt zu wissen,  
daß anlässlich des Aufenthaltes Dr. Stresemanns in Paris  
auch der englische Ministerpräsident Macdonald und der bel-

